



Swiss Institute
for Global Affairs
www.globalaffairs.ch

CO-DIREKTOREN



Dr. Remo Reginold
Politikberater
Theologe



Urs Vögeli
Unternehmer
Politikgeograf

SIGA WEBPAGE



KONTAKT

Swiss Institute for Global Affairs
Effingerstrasse 10
3011 Bern
globalaffairs@bluewin.ch
+41 (0)31 552 01 20

SIGA ANTIZIPATION 2023

SICHERHEITSPOLITISCHE LAGE EUROPA UND GLOBAL

EINLEITUNG

Die zweite Ausgabe des SIGA Antizipationsberichts wirft einen intensiven Blick auf weltpolitische Ereignisse und leitet zukünftige Trends globaler Entwicklungen mit besonderem Augenmerk auf die Sicherheit Europas ab. Im Fokus dieser Ausgabe steht einerseits die Bedeutung eines zunehmenden Destabilisierungspotenzials in der ganzen Mittelmeer-Region. Des Weiteren widmet sich der Bericht den geopolitischen Entwicklungen im Indopazifik und nicht zuletzt den Spillover-Effekten und Narrativen des Kriegs in der Ukraine im engen Zusammenhang mit den Implikationen des anhaltenden Informationskriegs. Hieran anschliessend rundet ein Einblick in die Entwicklung und Trends der Tech-Geopolitik den Bericht ab.

INHALT

- Destabilisierung des Mittelmeer-Raums
- Destabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens
- Themenkomplex Indopazifik
- Spillover-Effekte Ukrainekrieg
- Tech-Geopolitik
- Zusammenfassung
- Strategische Handlungsempfehlungen

Karten:

- Dynamik Nordafrika
- Umstrittene Inseln Ostasiens
- Südchinesisches Meer
- Ozeanien
- Sino-indische Grenzregion
- Spillover-Effekte Ukrainekrieg
- Neu weltpolitische Allianzen
- Crisis Map
- Weltpolitisches Mapping mit Fokus Russland/China

Ereignisstand: Ende November 2022

DESTABILISIERUNG DES MITTELMEER-RAUMES

Destabilisierungstendenzen des Mittelmeer-Raums wurden bereits im Antizipationsbericht 2022 angeschnitten. Der angedeutete Trend einer ansteigenden Instabilität der Region hat sich nicht nur bestätigt, sondern verschärft sich seit dem Ukrainekrieg massgeblich.

Zu beobachten ist, dass sich der Türkei-Griechenland-Konflikt weiterhin zuspitzt und nicht nur Implikationen für die umstrittenen Gebiete (Ägäis-Inseln) und beide Länder an sich, sondern auch für die NATO beinhaltet. Der Abbruch bilateraler Gespräche mit Griechenland von Seiten der Türkei und die Androhung militärischer Massnahmen gepaart mit den gegenseitigen Vorwürfen der Verletzung der Demilitarisierungsvereinbarung der umstrittenen Inseln führen zu einer weiterhin angespannten Lage.[1] Die NATO wird besonders durch die Türkei als Bühne genutzt. Es können medienwirksam Entscheidungen und Aufnahmeverhandlungen mit Schweden und Finnland blockiert werden, um andere Länder strategisch zu schwächen oder Zugeständnisse für die eigenen Interessen zu erreichen.[2] Die Türkei weiss sich auch im Ukrainekrieg geschickt uneindeutig zu positionieren, sich in ein positiv-neutrales Licht zu rücken etwa mit dem Getreide-Deal der UNO und damit eigene Interessen durchzusetzen (vgl. Kurdenkonflikt).[3] Gleichzeitig sorgt sich die NATO zunehmend um Nordafrika und den Nahen Osten, da politische Fragilität und staatliche Instabilität aufgrund der Folgen der Pandemie und des Ukrainekriegs zunehmen und einen „fruchtbaren Boden für die Ausbreitung nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen einschließlich Terrororganisationen“[4] bieten.

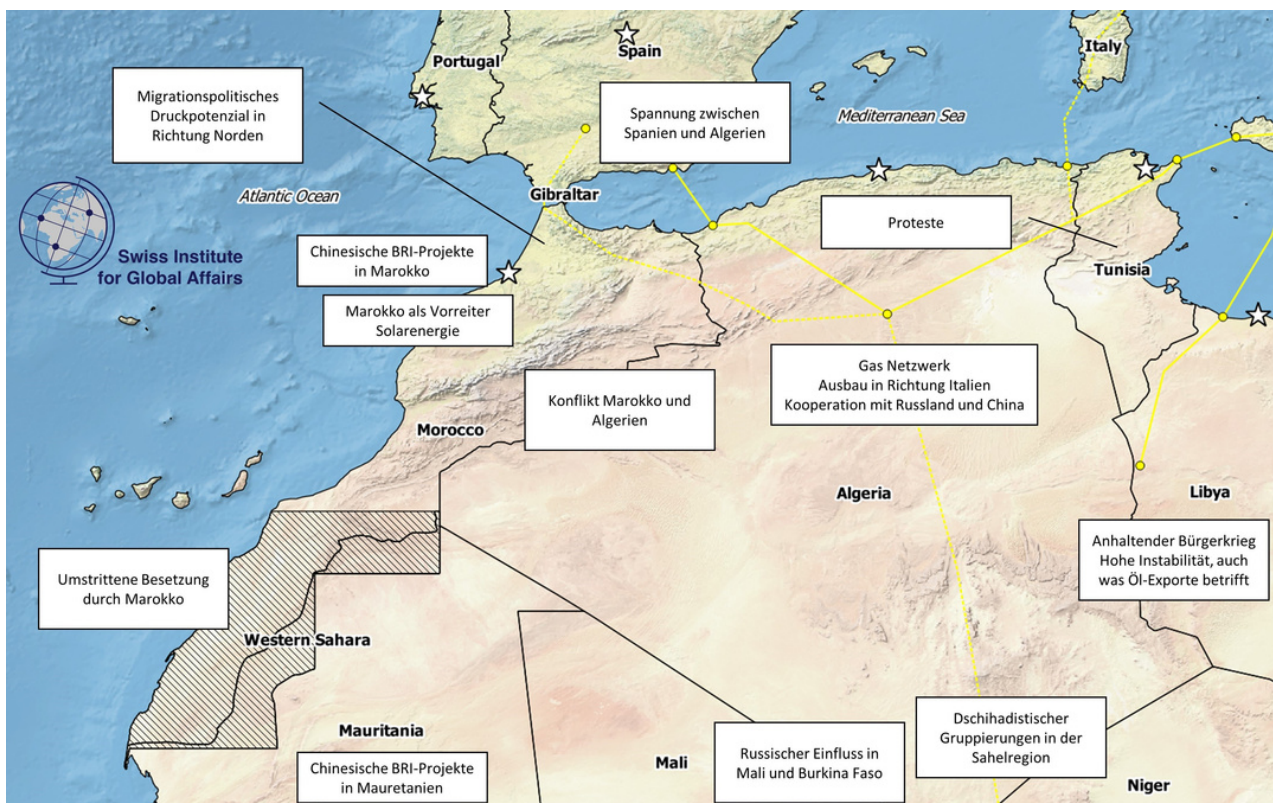


Abbildung 1: Dynamik Nordafrika

[1] Vgl. "Konflikt um Ägäis-Inseln spitzt sich zu", 27.9.2022, [ARD](#) oder "Angespannte Lage zwischen Athen und Ankara", 27.9.2022, [Blick](#)

[2] Vgl. "Erdogan nutzt den Ukraine-Krieg für seine Interessen – skrupellos, aber wirkungsvoll", 9.6.2022, [NZZ](#) oder "Die Türkei will Hegemon sein", 24.7.2022, [FAZ](#)

[3] "Macht Erdogan Ernst mit der Bodenoffensive gegen die syrischen Kurden?", 30.11.2022, [NZZ](#)

[4] "Die Bedrohungen der Südflanke im Blick - NATO Gipfel", 30.6.2022, [FAZ](#)

Durch den Ukrainekrieg paaren sich die bereits andauernden Problematiken mit einer neuen Variable: einer Nahrungsmittelkrise. Tunesien ist einer der Staaten, welcher besonders von dieser bedroht ist. Knapp 25% der gesamten Bevölkerung könnten von Engpässen und Preisfluktuationen schwer betroffen sein; gleichzeitig führen die staatlichen Ausgleichmassnahmen zu einer ansteigenden Misswirtschaft und geradezu in eine Finanzkrise. Tunesien war für Europa bislang ein wichtiger Partner in Migrationsfragen und aufgrund seiner Stabilität und der voranschreitenden Demokratisierung ein Anker in der Zusammenarbeit Europas mit Nordafrika. Seit Beginn der Regierungsperiode des aktuellen Präsidenten Kais Saied befindet sich das Land allerdings am Rande des Kollaps, sowohl in demokratischer, als auch wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht. Der autokratische Kurs der Präsidenten führt immer weiter in Richtung eines Zusammenbruchs und bedeutet das Wegfallen eines wichtigen Stabilitätspunkts in der Region.[5]

Von der Nahrungsmittelkrise ebenso stark betroffen wie Tunesien sind vor allem Ägypten, Syrien oder der Libanon: eine zunehmende Instabilität könnte starke Spillover-Effekte auf die gesamte Region haben. Staatskrisen solchen Ausmasses bergen den beschriebenen «fruchtbaren Boden» für terroristische Gruppen und islamistische Bewegungen, sodass insbesondere die Demokratisierungsprozesse in Nordafrika stark gefährdet sind. Ein Anstieg umfänglicher Migrationsströme ist als Folge zu erwarten, welche nicht nur die Region, sondern auch Europa betrifft.[6] Zudem bieten solche Fragilitäten auch die Möglichkeit der weiteren politischen Einflussnahme durch Russland und China in der Region.

In diese Entwicklungen reiht sich beispielhaft der erneut aufflammende Bürgerkrieg in Libyen ein. Die innerstaatliche Instabilität lässt politische Machtkämpfe erstarren. Der Krieg behindert ausserdem die für Libyen, aber auch Europa, äusserst wichtige Erdölproduktion und -förderung, die aufgrund der Auseinandersetzungen bedroht und zeitweise blockiert ist. Den Konflikt befördern zwei europäische Länder: Frankreich und Italien verfolgen stark jeweilige Interessen und unterstützen hierfür gegnerische Akteure. Gleichzeitig stehen sich die russische Söldnergruppe Wagner und das türkische Militär im staatlichen Machtvakuum gegenüber, um ebenfalls eigene Interessen zu verfolgen und massgeblichen Einfluss auf die Erdöl-/Erdgasexporte zu nehmen.[7] Es wird vermutet, dass der starke Einfluss Russlands in Nordlibyen, vor allem durch die Unterstützung Chalifa Haftars durch die Wagner-Gruppe, dazu genutzt wird, gezielt Migrationsströme nach Italien und Europa zu steuern, sodass eine Schwächung Europas die Folge sein könnte.[8]

Des Weiteren sorgt die Einmischung der spanischen Regierung im Norden Afrikas für Spannungen. Die in einer Kehrtwende erfolgte Anerkennung der marokkanischen Kontrolle über die Westsahara sorgt in Algerien für Ärger und vertieft die Kluft zwischen den an sich verfeindeten Nachbarstaaten. Konsequenzen sind unter anderem die Stilllegung der Gasleitung von Algerien über Marokko nach Spanien seit November 2021, von der nun Italien als Grossabnehmer profitiert. Zusätzlich vollführt Algerien an der marokkanischen Grenze militärische Manöver mit russischer Beteiligung während Marokko rebellische Bewegungen im Westen Algeriens unterstützt. Dies kann als geopolitische Gemengelage gelesen werden, die direkten Einfluss auf Europa hat und von ihrer Wirkung her nicht unterschätzt werden darf.

[5] Vgl. "Vom Musterland zum gescheiterten Staat? – Die politische und wirtschaftliche Stimmung in Tunesien hat einen absoluten Tiefpunkt erreicht; wer kann, flüchtet nach Europa", 24.10.2022, [NZZ](#)

[6] Vgl. "The Effects of the Russo-Ukrainian War on Tunisian Stability", VSN-Bulletin 3/September 2022.

[7] Vgl. "«Mare nostrum», das war einmal – die Europäer bekunden Mühe, ihre Interessen in Nordafrika geltend zu machen", 23.7.2022, [NZZ](#)

[8] Vgl. "Flüchtlinge als Waffe: Steuert Russland Migrantenströme, um Italien zu destabilisieren?", 31.7.2022, [nordbayern](#)

Zwischenfazit:

Die Region des Mittelmeers ist von multiplen Krisen bedroht, die sich durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verstärken und zu einer Bedrohung der europäischen Sicherheit beitragen. Zusätzlich verstärkt punktuell Eingreifen einiger europäischer Staaten die herrschenden Konflikte sowohl im Mittelmeer-Raum, als auch in Nordafrika, während sich Europa insgesamt in den letzten Jahren eher vom afrikanischen Kontinent zurückzog und ein Vakuum hinterliess. Dieses wurde aktiv von russischen, aber auch chinesischen Akteuren genutzt. [9] Konsequenz der politischen und wirtschaftlichen Instabilitäten ist für Europa vor allem ein androhender Migrationsandrang und eine Vertiefung der sowieso schon bedrohlichen Energiekrise, da wichtige Förderländer wie Libyen im Kriegschaos versinken und durch terroristische Bewegungen bedroht sind. Russland spielt mit Europa und der Abhängigkeit der Staaten Europas, aber auch des Mittelmeers und Nordafrikas von russischen Exporten im Energie- und Nahrungsmittelsektor. Gleichzeitig verstärkt sich durch die Ausfälle und Engpässe die Abhängigkeit gegenüber neuen Mächten, die auch ihre eigenen Wertesysteme mitbringen, während sich rund um Russland, die Türkei, den Iran, aber auch China und Indien Neuformierungen der Macht abzeichnen, die eine neue Weltordnung provozieren. [10]

Es empfiehlt sich eine strategische Mittelmeer-Politik mit Fokus auf Afrika aufzubauen, die sich narrativ vom neokolonialen Erbe abgrenzt und ein cleveres Gegengewicht zu den zunehmend chinesischen und russischen Einflüssen bietet. **Die Komplexität, Mehrdeutigkeit und Geschwindigkeit verlangt nach holistischen Sicherheits- und Verteidigungsarchitekturen mit einer entsprechenden Vernetzungs- und Kollaborationskultur.**

DESTABILISIERUNG DES NAHEN UND MITTLEREN OSTENS

Der Mittlere und Nahe Osten ist anhaltend von Bürgerkriegen, Staats- und Regierungskrisen und terroristischen Bewegungen bedroht. Die anhaltende Regierungskrise im Irak, die durch den Rücktritt des Politikers Muktada al-Sadr eine Eskalation der Gewalt erfuhr, konnte auch Monate nach ihrem Ausbruch nicht beendet werden. Zusätzlich hat sich die Situation im Iran im Herbst 2022 massiv verschlechtert. Starke Protestbewegungen gegen das politische Regime entfachten. Die Sorge des Westens um das iranische Atomprogramm erreicht dabei ebenfalls einen neuen Höhepunkt seit dem Ausstieg der USA aus dem Abkommen 2018. Der Iran verfügt laut eigenen Angaben über genügend angereichertes Uran für die Entwicklung einer nuklearen Waffe, sodass die staatliche Instabilität auch neues geopolitisches Bedrohungspotential bedeutet.[11] Trotz der EU-Bemühungen ein neues Abkommen zu erreichen, konnte bisher kein common-ground gefunden werden. Die menschenrechtsverletzenden Handlungen der Regierung im Iran in Folge der Proteste führen nun zu einem ethischen Dilemma, da sich die Frage stellt, ob und inwiefern mit einer Regierung, die nachweislich Unterdrückung und Gewalt anwendet, im Sinne eines solchen Abkommens verhandelt werden darf.[12]

[9] Vgl. "Africa and foreign influence", 7.9.2018, [GIS reports](#)

[10] Vgl. "Neuer geopolitischer Machtpoker – Multiple Unsicherheiten als Herausforderung für Europa", 24.7.2022, [SIGA](#)

[11] Vgl. "Atomstreit mit Iran: Bau von Kernkraftwerk beginnt", 3.12.2022, [NZZ](#)

[12] Vgl. "Irans Atomprogramm: Chronik eines diplomatischen Ringens", 29.8.2022, [Deutsche Welle](#)

Die Übereinkunft ist allerdings nicht nur für den Westen wichtig, sondern würde auch die Beziehung mit Israel entspannen, die aktuell auf einem Tiefstand liegt. Israel droht mit militärischem Vorgehen, sollte der Iran die Urananreicherung und Entwicklung einer nuklearen Waffe weiterverfolgen, auch um die USA zu einem härteren Kurs zu zwingen.[13] Der seit Jahren geführte Schattenkrieg zwischen Israel und dem Iran wird somit weiter angeheizt und reicht bis nach Syrien, wo regelmässig israelische Angriffe auf vermeintlich iranische Gruppen verübt werden.[14] Eskaliert dieser Konflikt, wird dies Auswirkungen auf den gesamten Nahen und Mittleren Osten, besonders Irak, Syrien und Afghanistan, haben. Zudem sind die Türkei und Russland hier sehr präsent. Während der Westen im Laufe der letzten Jahre immer weniger Einfluss beispielsweise in Syrien ausübte, erstarkten die türkischen und russischen Präsenzen. Für Putin geht es vor allem darum, angesichts seiner Isolation im Westen Stärke zu zeigen. Neben der vor allem militärischen Unterstützung Syriens manifestierte sich diese Demonstration in einer Absichtserklärung zwischen der staatlichen iranischen Ölgesellschaft und Gazprom. Demnach soll das russische Energieunternehmen in den nächsten Jahren 40 Milliarden Dollar in den iranischen Öl- und Gassektor investieren.[15] Neue iranische Drohnen werden zudem erfolgreich durch Russland eingesetzt.

Zwischenfazit:

Die tief verankerten Konflikte der Region spitzen sich aufgrund neuer Entwicklungen zu. Besonderes Augenmerk ist hierbei auch auf die ausländischen Einflüsse zu werfen, die mit kontroversen Kampagnen politische Gruppierungen stärken, um eigene Interessen durchzusetzen. Besonders bedrohlich für Europa sind die Auseinandersetzungen an der türkischen Grenze, aber auch die Instabilität des Irans, besonders seit der starken Weiterentwicklung ihrer nuklearen Technik.

T H E M E N K O M P L E X I N D O P A Z I F I K

Das relativ neue Konzept „Indopazifik“ bezieht sich auf Ostasien, den pazifischen Raum und den indischen Ozean, erfasst diese geografischen Gebiete allerdings vor allem als strategisch zusammenhängendes Gebiet. Von Experten wird es auch „das neue wirtschaftliche und politische Epizentrum des Weltgeschehens“ genannt. Anstelle von wirtschaftlichen stehen allerdings vor allem sicherheitspolitische Themen im Zentrum des Konzepts. Trotz einiger Unterschiede im Verständnis liegt eine gemeinsame Bedrohungswahrnehmung gegenüber China vor, weshalb China aktiv mit solchen Begrifflichkeiten ausgeschlossen wird. Von der chinesischen Regierung wird das Konzept als gegen sie gerichtete „Eindämmungsstrategie“ abgelehnt. Besonders ist ebenfalls, dass die Bewegung weg von multilateral hin zu unilateraler Kooperationen in kleinen Gruppen strebt und sich regelrecht als „Gegengewicht zu Peking“ zusammenschliesst (vgl. AUKUS (trilaterales Militärbündnis Australien, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten), QUAD (quadrilateraler Sicherheitsdialog USA, Australien, Indien und Japan)).[16]

[13] Vgl. "«Israels Strategie gegen Irans Atomprogramm ist gescheitert»", 6.6.2022, [NZZ](#)

[14] Vgl. "Bürgerkrieg in Syrien", 20.12.2022, [NZZ](#)

[15] Vgl. "Putin will in Teheran seine Beziehungen mit Iran und der Türkei stärken", 20.7.2022, [NZZ](#)

[16] "Der Indopazifik: Auf dem Schachbrett der amerikanischen Geopolitik taucht eine neue Region auf", 13.5.2022, [NZZ](#)

Der geopolitische Bezugsrahmen stellt für das europäische Engagement eine Hürde dar, da die EU vor allem globale Handels-/Wirtschaftsmacht und nicht besonders stark auf Sicherheitszusammenarbeit ausgerichtet ist. Ausserdem steht das Indopazifikkonzept im Widerspruch mit der EU-Funktionsweise als integrative, multilaterale Institution. So stehen Multilateralismus und die enge Kooperation mit ASEAN (Verband Südostasiatischer Nationen) unter Druck. Der Indopazifik wird zum Schauplatz vielschichtiger Problematiken, die Auswirkungen auf die globale Sicherheitspolitik und Wirtschaft haben. Es geht auch um Digitalinfrastrukturen (Unterseekabel) und (Zukunfts-)Ressourcen. Die Problematiken im Indopazifik spinnen sich um eine Vielzahl von Staaten: es geht nicht nur um China und den Taiwankonflikt, sondern auch um territoriale Konflikte, an denen beispielsweise die Philippinen, Vietnam, Japan, Korea, Australien und Russland beteiligt sind.

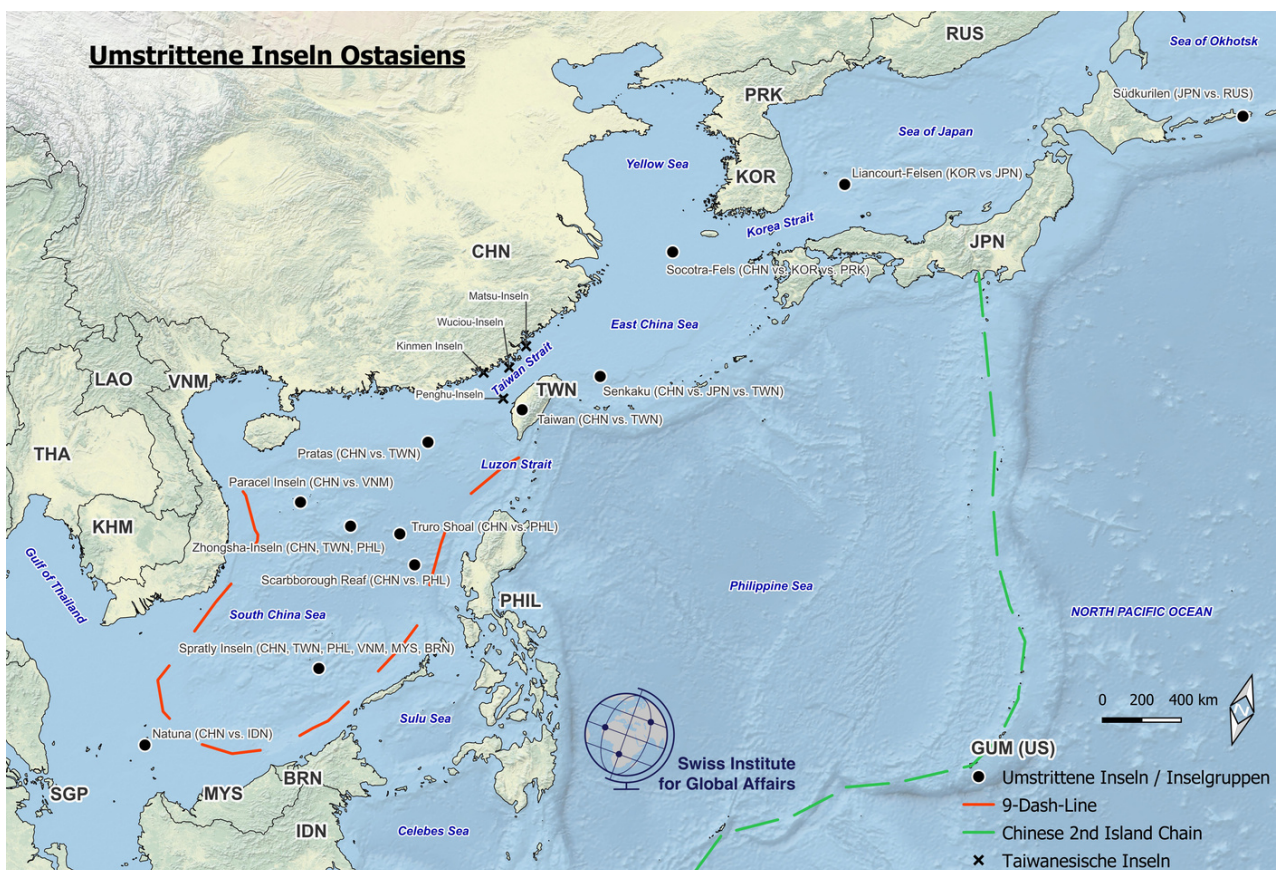


Abbildung 2: Umstrittene Inseln Ostasiens

Im Ostchinesischen Meer streiten sich Japan, China und Taiwan um die Senkaku-Inseln. Die Kontrolle der offiziell von Japan verwalteten Inseln, bedeutet erhebliche Einflussnahme auf wichtige Seewege der Region, weshalb keine der Parteien von seinem Kurs abweichen möchte. Ebenfalls territoriale Auseinandersetzungen mit Japan hat der chinesische Verbündete Russland: Es geht um vier Inseln, die Süd Kurilen (ehemals Sowjetunion), die von Russland kontrolliert, aber von japanischer Seite beansprucht werden.

Ganz im Zeichen der Spannungen mit Japan demonstrierten kürzlich russische und chinesische Kampffjets nahe dem japanischen Luftraum ihre Macht und unterstrichen, wer das Gebiet dominiert. Hintergrund war vermutlich auch das Treffen der Regierungschefs der USA, Indien, Australien und Japans in Japan zu einem Gipfel anlässlich regionaler Sicherheit.[17] Die Manöver können nicht nur als Drohung gegenüber Japan gedeutet werden, sondern auch als Herausforderung und Machtdemonstration gegenüber dem japanischen Verbündeten USA.

[17] Vgl. "Kampffjets von China und Russland fliegen nahe an japanischem Luftraum", 24.5.2022, [20min](#) oder auch "Russische und chinesische Kampfflugzeuge fliegen gemeinsame Patrouillen", 30.11.2022, [Spiegel](#)

Für Russland gehe es ausserdem vor allem darum sich als «führender Akteur in der Zufahrt zu den Schifffahrtsrouten im hohen Norden zu präsentieren»[18]. Und die Manöver zeigen Wirkung: die japanische Regierung hat «Angst» vor seinen autoritären Nachbarn Russland, China und Nord-Korea, sodass eine neue Ausrichtung in der japanischen Sicherheitspolitik etabliert wurde, nach der Japan zukünftig bei einem Angriff mit eigenen Raketen zurückschlagen will,[19] bei gleichzeitig erheblichen innenpolitischen Herausforderungen.

Weiter westlich prägt der Taiwankonflikt die Instabilität Ostasiens, dabei steht auch die die Verbindungsstrasse zwischen dem ost- und südchinesischen Meer im Fokus. 2022 verhärteten sich die Fronten zwischen der VR China und Taiwan unter anderem aufgrund des Taiwan-Besuchs der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi. China reagierte mit umfassungsreichen Militärmanövern im See- und Luftraum um Taiwan und deutete den Staatsbesuch der Amerikanerin als Provokation.

Die PLA wurde im Laufe der letzten Jahre zunehmend modernisiert und aufgestockt, sodass eine militärisch gestützte Wiedervereinigung der Insel mit der VR China immer wahrscheinlicher wird. Dies zeigt sich auch im vermehrten Eindringen chinesischer Militärflugzeuge in die taiwanesischen Identifikationszone für Luftverteidigung. Die Präsenz militärischer Stärke Chinas ist allerdings nicht die einzige Methode, die zur Schwächung des taiwanesischen Widerstands eingesetzt werden. Ein gezielt geführter public opinion warfare versuche zudem die Öffentlichkeit, ausserhalb aber auch innerhalb Taiwans, mithilfe von Informationen zu beeinflussen. Mit dieser Form kognitiver Kriegsführung solle unter anderem Unterstützung für eine „friedliche Wiedervereinigung“ erreicht und Taiwan demoralisiert werden.[20] Es geht stark darum, das Narrativ zu kontrollieren. Der Taiwan-Konflikt wird uns nachhaltig beschäftigen und dem Westen sollte mit der Machtdemonstration Chinas vor Augen geführt werden, wieviel umfangreicher die Konsequenzen eines Krieges um Taiwan wären, im Gegensatz zum Ukrainekrieg.

Grosses Konfliktpotential lässt sich ebenfalls im Südchinesischen Meer finden. Diverse Zwischenfälle der Vergangenheit zwischen chinesischen Schiffen und philippinischen Fischerbooten verdeutlichen das Destabilisierungspotenzial in dieser Region. Die Vorfälle werden als chinesische Machtdemonstration gedeutet und führen dazu, dass die philippinische Regierung Unterstützung bei den USA sucht, was wiederum die chinesische Regierung verärgert. Vermeintlicher Grund für den Vorfall ist ein anhaltender Streit zwischen China und den Philippinen um Inseln im südchinesischen Meer, in welchen unter anderem auch Taiwan involviert ist.[21]

China beansprucht auf ca. 90% der 3 Mio. km² des südchinesischen Meers Souveränität und maritime Vorherrschaft. Betroffen sind vor allem die Gebiete innerhalb der chinesischen «9 Dash-Line» (siehe Karte «Territorialkonflikte südchinesisches Meer») wie die Penghu-Inseln, die Paracel-Inseln, die Zhongsha-Inseln, das Scarborough-Reef und die Spratly-Inseln. In den Streit um die Gebiete der „9 Dash-Line“ sind neben China, den Philippinen und Taiwan ausserdem auch Indonesien, Brunei, Vietnam und Malaysien involviert. Es geht allen Akteuren vor allem um die Ölvorkommen der Region, aber auch um die Kontrolle der zentralen Seewege im südchinesischen Meer.

[18] "Russland und China nehmen Japan gemeinsam in die Zange", 17.7.2022, [NZZ](#)

[19] Vgl. "Japan sieht sich von China, Nordkorea und Russland bedroht – darum baut es seine Verteidigung stark aus", 14.12.2022, [NZZ](#) oder "Japan will in Zukunft mit eigenen Raketen zurückschlagen", 11.7.2022, [BaZ](#)

[20] Vgl. "Konflikt in der Taiwanstrasse: Verschiebung des Militärgleichgewichts und die Strategie der Public Opinion Warfare", 29.8.2022, [SIGA](#)

[21] "Kamala Harris stärkt den Philippinen demonstrativ den Rücken", 22.11.2022, [NZZ](#)

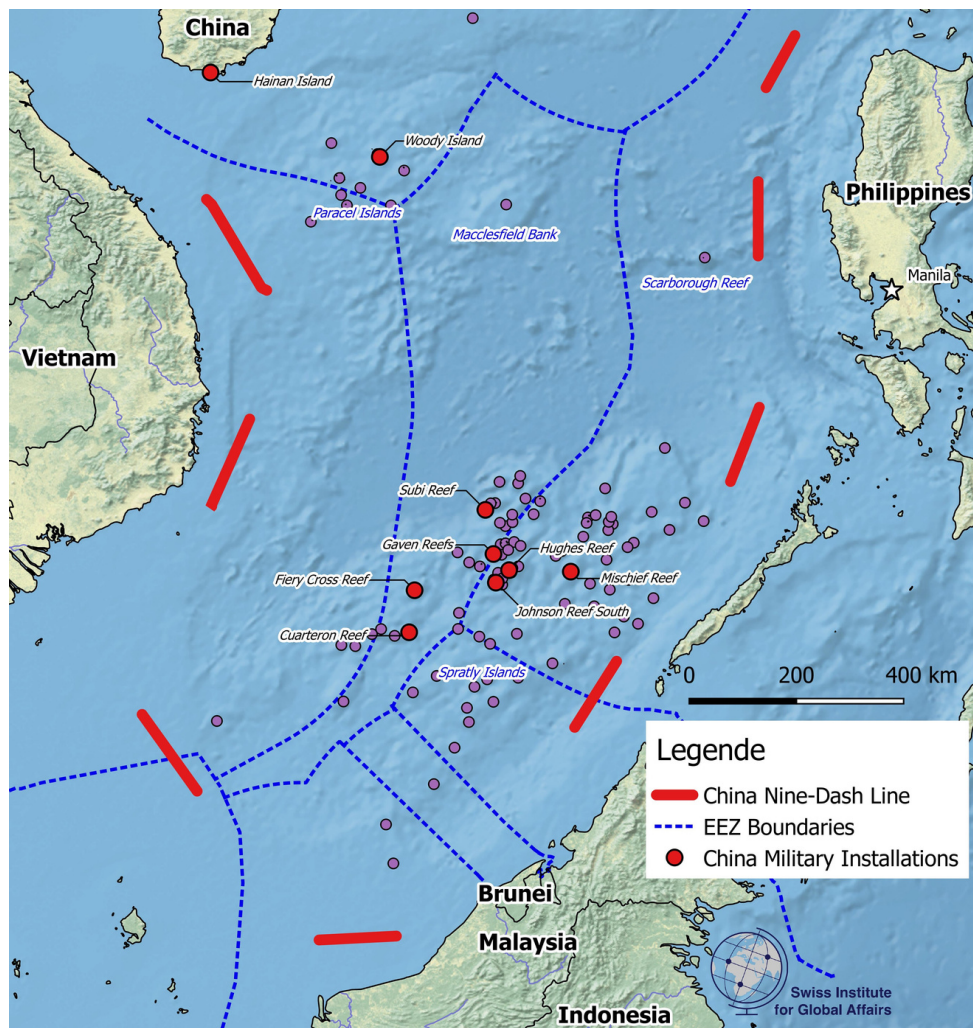


Abbildung 3: Südchinesisches Meer

China ist allerdings nicht nur im ost- und südchinesischen Meer in anhaltende Konflikte verstrickt, sondern auch in Ozeanien, speziell mit Australien. Das Verhältnis zwischen Peking und Canberra war seit der Forderung Australiens nach einer internationalen Untersuchung zum Ursprung des Coronavirus und zum Umgang Pekings mit dem Ausbruch besonders angespannt. Auf die Forderung folgten unter anderem Strafzölle auf australische Exporte von chinesischer Seite.[22] Ebenfalls förderte der im September 2021 geschlossene Sicherheitspakt zwischen den USA, UK und Australien den Konflikt (AUKUS). Es drangen daraufhin beispielsweise chinesische Kriegsschiffe in die australische Wirtschaftszone ein und wirkten als Bedrohung. Sie wurden vom australischen Verteidigungsministerium als „ernster Sicherheitszwischenfall“ der über „diplomatische und militärische Kanäle“ beantwortet werden würde, deklariert.[23] In den Konflikt reiht sich die australische Anti-Huawei-Politik ein, bei der die Regierung vor allem zu verhindern versucht, dass China mithilfe des heimischen Unternehmens Huawei ein 5G-Infrastrukturmonopol aufbaut. Hier schliesst sich der australische Staat der amerikanischen Politik an, die ebenfalls (und sogar mit Hilfe von Sanktionen) versucht, den chinesischen Einfluss einzudämmen. Zuletzt hatten die Salomonen einen Vertrag mit Huawei zum Ausbau ihrer Infrastruktur abgeschlossen, finanziert durch den Kredit einer chinesischen Staatsbank, welche ebenfalls stark in BRI-Projekte weltweit involviert ist.[24]

[22] Vgl. "Nach dem chinesischen Donnerschlag sucht Australien neue Partner", 17.12.2022, [NZZ](#) oder "Chinas Boykott gegen Australien - „Das chinesische Selbstvertrauen hat ein neues Level erreicht“", 6.7.2022, [WirtschaftsWoche](#)

[23] "Australien wirft China Einschüchterung vor", 20.2.2022, [FAZ](#)

[24] Vgl. "China landet mit einem Huawei-Auftrag für die Salomonen einen geopolitischen Coup", 23.8.2022, [NZZ](#)

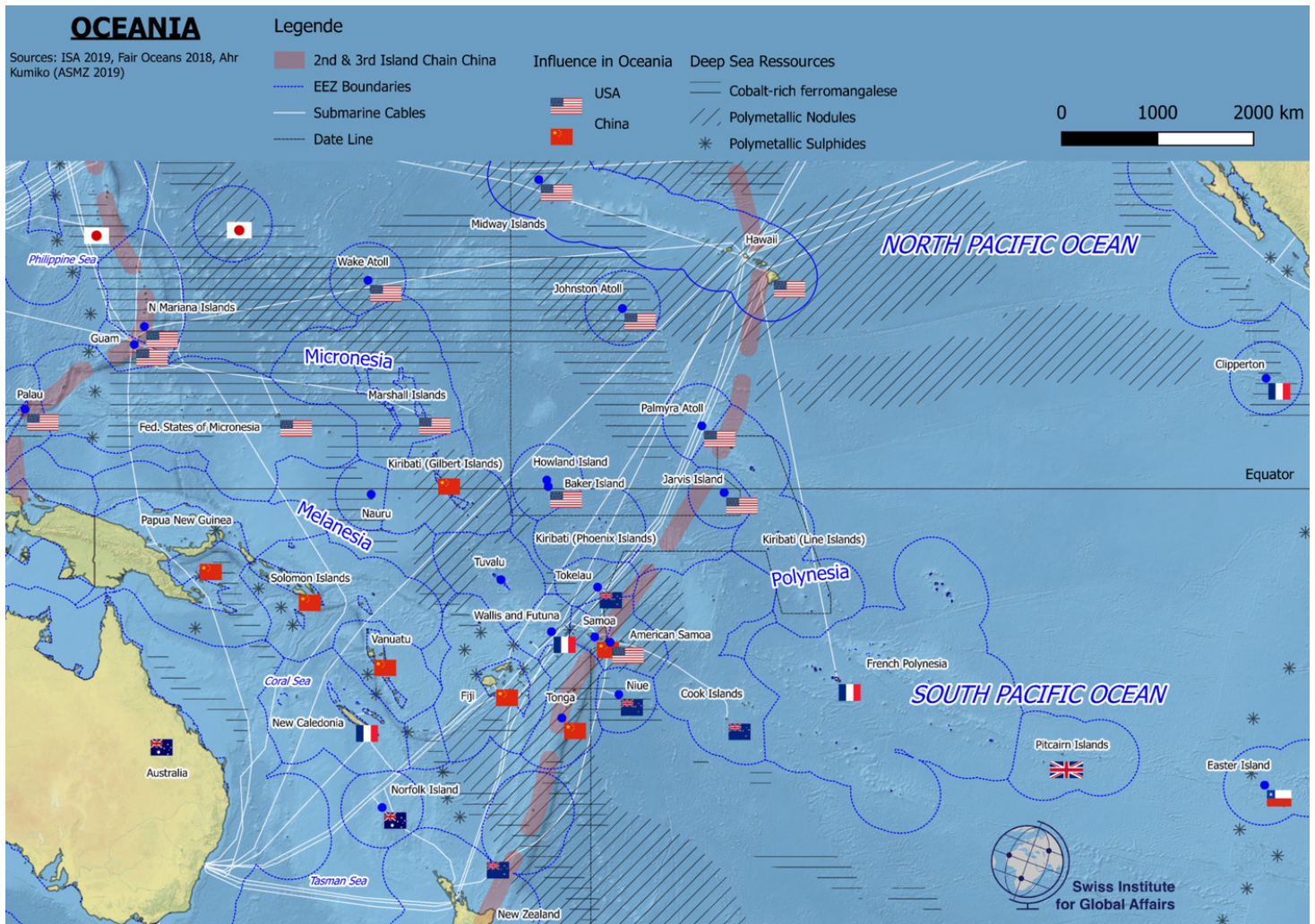


Abbildung 4: Ozeanien (Stand Anfang 2020)

Des Weiteren schlossen die Salomonen ein Sicherheitsabkommen mit China, welches Besorgnis bei der Regierung Australiens, aber auch Papua Neuguineas auslöste und unter anderem dazu führte, dass sowohl Australien, als auch die USA ein zunehmendes Engagement im Pazifik für essentiell erachten.[25]

Es zeigt sich klar, dass der Konflikt erneut nicht nur zwischen den regionalen Mächten herrscht, sondern vor allem auch eine weitere Projektion des Machtkampfs zwischen den USA und China ist, der sich zunehmend zuspitzt und enorme Auswirkungen besonders auf kleinere Staaten in den von der Projektion betroffenen Regionen hat.[26]

Ein weiterer besonders nennenswerter Konflikt der Region spielt sich zwischen Indien und China ab. China verstärkt seit geraumer Zeit seine militärische Präsenz an der indischen Grenze, der sogenannten „Line of Actual Control“ (siehe Karte „Sino-Indian Border“), welche von Indien beansprucht wird und bei dem es bereits letztes Jahr mit dem Bau einer Brücke der Chinesen zur Verschärfung des Konflikts kam.[27] Auch Indien erhöht seine militärische und logistische Präsenz in besagtem Gebiet. Unterschiedliche Handgemenge zwischen Soldaten an der Grenze sind dabei nur die Spitze des Eisberges. Schon mittelfristig könnten insbesondere Wasserressourcen ausschlaggebende Variable in diesem Machtkampf sein.

[25] Vgl. "Australien und Papua-Neuguinea wollen ein Verteidigungsabkommen schliessen", 17.10.2022, [NZZ](#)

[26] Vgl. "Das Pacific Islands Forum droht zwischen China und den USA zerrieben zu werden", 13.7.2022, [NZZ](#)

[27] Vgl. dazu "Der andere Krieg", 29.3.2022, [SIGA](#)

Doch der chinesische Einfluss ist gross: auch in der Umgebung Indiens verstärkt China seine Macht, so legte jüngst ein chinesisches Überwachungsschiff im Hafen Sri Lankas an. Der Hafen ist an China verpachtet, nachdem Sri Lanka seine Schulden nicht zurückzahlen konnte. Indien hatte in dieser Situation ebenfalls umfangreiche Hilfen angeboten, allerdings ist die Abhängigkeit und der Druck von China zu gross, sodass dieser Machtkampf zugunsten Pekings verlief.[28]

Die Situation Sri Lankas ist äusserst prekär. Eine Schuldenkrise war 2022 nicht mehr abzuwenden und der Staat kollabierte. Es herrscht grosse Sorge vor Spillover-Effekten und einer neuen Chance für China weitere Abhängigkeiten zum Beispiel durch Kredite zu schaffen. [29]

Zwischenfazit:

Chinas Einfluss im Indopazifik ist äusserst dominant: China ist nicht nur einer der wichtigsten Handelspartner der meisten Staaten der Region und hat damit für eine Vielzahl von Staaten enorme Abhängigkeiten geschaffen. Aufgrund seiner aggressiven Territorialpolitik fühlen sich viele der kleinen Staaten des indopazifischen Raums bedroht und stehen umso mehr in ständigem Druck zwischen ihrer Abhängigkeit und der akuten Bedrohung Chinas, können sich allerdings schwer anderen Mächten, wie den USA, auf der Suche nach Unterstützung und Kooperation zuwenden, da dies gefährliche Konsequenzen für sie bedeuten könnte.

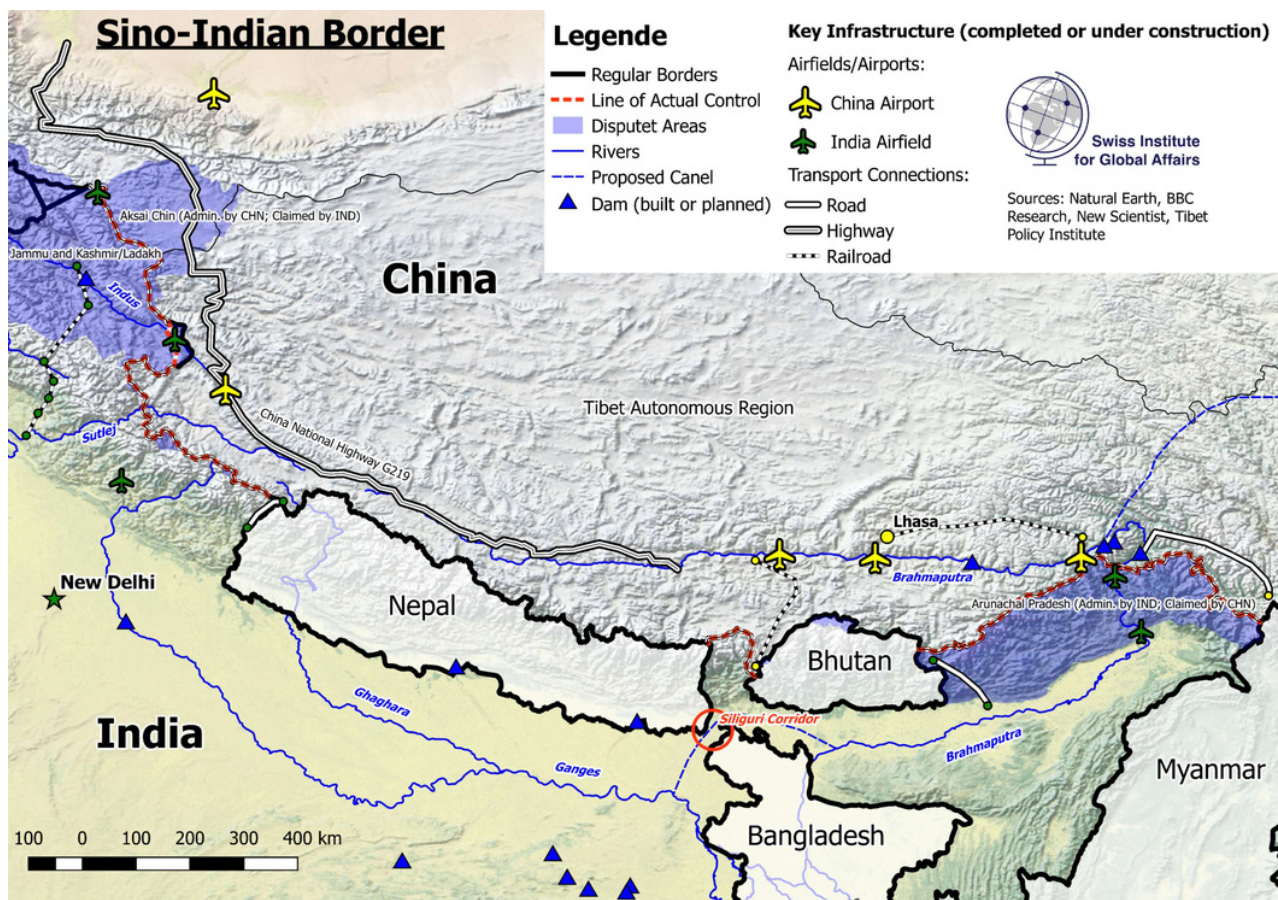


Abbildung 5: Sino-indische Grenzregion (Stand Anfang 2021)

[28] Vgl. "Umstrittenes chinesisches Schiff ankert in Hafen in Sri Lanka", 16.8.2022, [Der Bund](#)

[29] Vgl. "Geopolitische Zerreissprobe", 30.7.2022, [SIGA](#)

Die USA sind vermehrt in der Region aktiv und verstärken damit die Spannungen der Region, während sie gleichzeitig einen wichtigen Partner für betroffene Staaten darstellen können. Das europäische Engagement war bisher eher gering. Es ist allerdings dringend notwendig, dass die Region weiter in den Fokus der EU und Europas rückt. Der Indopazifik ist von grosser Bedeutung, nicht nur aufgrund seines hohen Anteils an der Weltbevölkerung und globalem Kapital, sondern besonders aufgrund geopolitischer Faktoren, wie die Kontrolle von wichtigen Seewegen und Rohstoffvorkommen. Das Ungleichgewicht der Macht zwischen den kleinen Staaten und China kann allerdings nicht ohne starke Partner gelöst werden.[30]

SPILLOVER-EFFEKTE UKRAINEKRIEG

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt vielfältige Auswirkungen, die nicht nur humanitäre Krisen auslösen, sondern auch die Weltwirtschaft in Schieflage bringen und eine enorme Herausforderung für die internationale Gemeinschaft bedeuten. Abseits der offensichtlichen Einflüsse des Krieges sind besonders Spillover-Effekte von Bedeutung, die schon kurzfristig, aber insbesondere mittel- bis langfristig die geopolitische Landkarte umpflügen könnten oder zumindest bestehende Trends katalysieren. Die Betrachtung dieser Effekte könnte auch helfen, um sich strategisch zu positionieren und clevere Antworten auf multiple Krisen zu finden.

Die Sanktionen des Westens gegen Russland und seine Unterstützer rufen neue geoökonomische Dynamiken hervor, die neue Allianzen zur Folge haben können. Die Verteuerung und verminderte Verfügbarkeit von Rohstoffen und Lebensmitteln zeigt nicht nur Abhängigkeiten auf, sondern schafft auch neue Kooperationen, die von regional erstarkenden Staaten wie China, aber auch der Türkei oder Ländern des Mittleren und Nahen Ostens genutzt werden können, um an Einfluss zu gewinnen.[31]

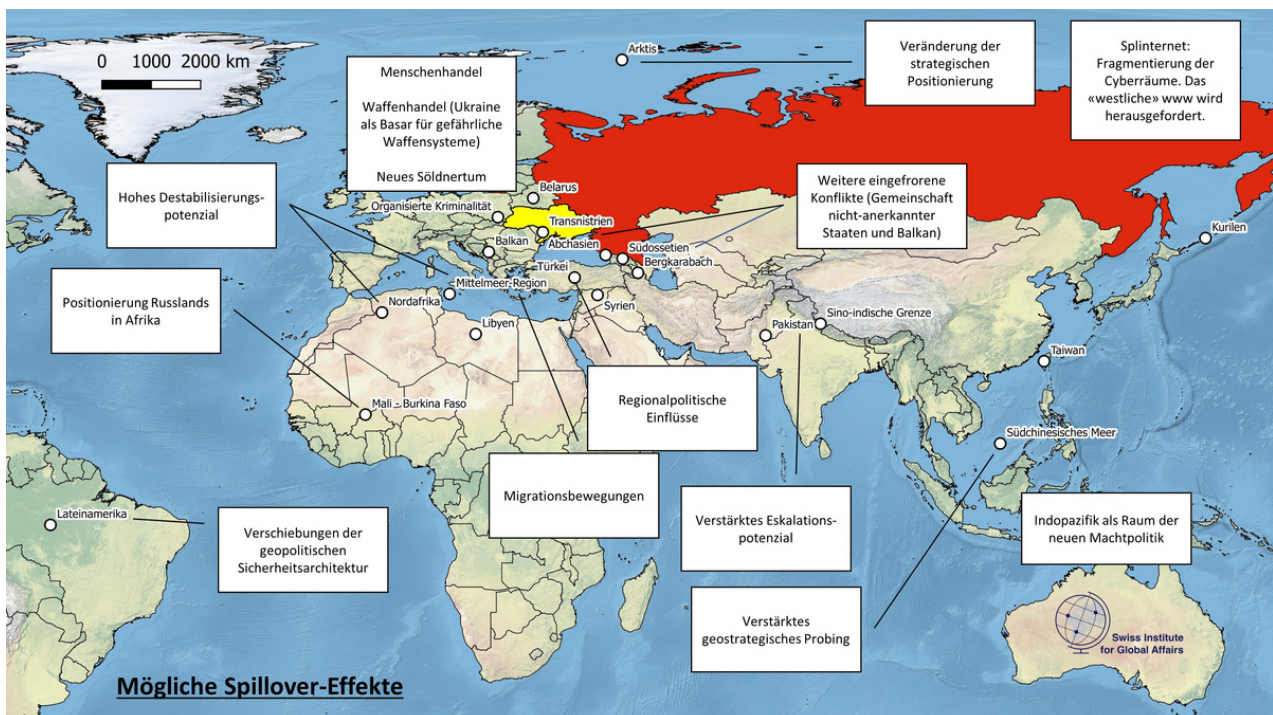


Abbildung 6: Mögliche Spillover-Effekte Ukrainekrieg (Stand März 2022)

[30] "Why Is the Indo-Pacific Important for Europe?", 25.2.2022, [The Diplomat](#)

[31] Vgl. "Krieg in der Ukraine und die Spillover-Effekte", 6.3.2022, [SIGA](#) oder vgl. auch "Chaos in Zentralasien? Claudia Major: „Ein schwaches Russland ist nur auf den ersten Blick erfreulich“", 30.12.2022, [RND](#)

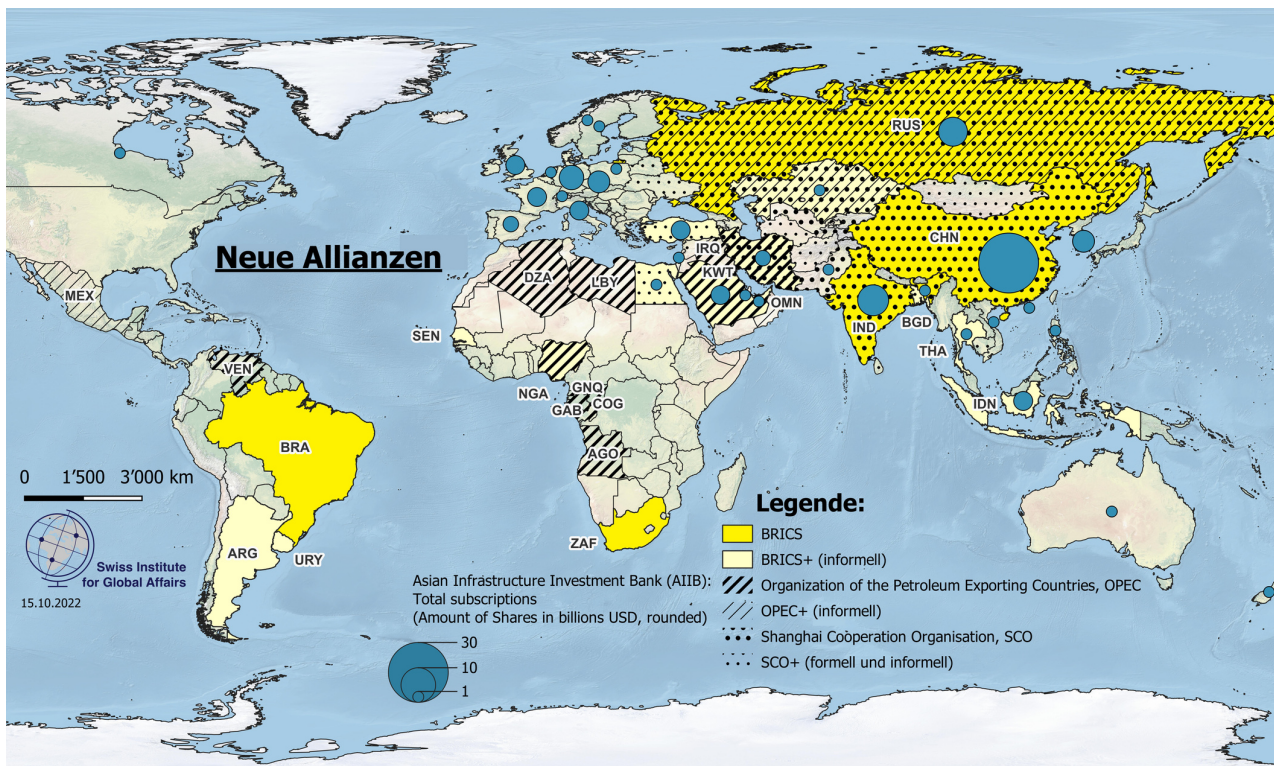


Abbildung 7: Neue weltpolitische Allianzen

Es ist davon auszugehen, dass Allianzen wie BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika), OPEC (Organisation erdölexportierender Länder) und SCO (Shanghai Cooperation Organisation) an Bedeutung gewinnen. Vor allem die BRICS beispielsweise steuern eine zunehmende Dedollarisierung an, um die eigenen Wirtschaften und Währungen zu stärken, aber auch, um sich von der Vorherrschaft und Kontrolle der USA zu lösen und ihre eigene Gewichtung zu verdeutlichen.

Aufgrund der Verknappung von Erdgas- und Öllieferungen entsteht zusätzlich eine neue Debatte, vor allem dominant in Europa, zur Verlängerung von Kernenergien und über die Erforschung neuer atomarer Techniken. Die Energiepolitik des Westens muss sich der neuen Lage anpassen und sollte geopolitische Dynamiken in die Gleichung einrechnen. Es braucht eine clevere energiegeopolitische Antizipation, um nicht unreflektiert von Abhängigkeit zu Abhängigkeit zu schlittern. Denn auch hier kann und wird es zu neuen Allianzen und Kooperationen kommen, die das internationale Machtgefüge verändern und schwierige Fragen und Dilemmas in Europa auslösen werden.[32]

Die bereits im Abschnitt «Destabilisierung des Mittelmeer-Raums» angeführte Nahrungskrise, welche auch in Nordafrika stark präsent ist, verstärkt die Machtposition von Staaten wie China aber Iran, Türkei oder Indien, die alternativen Handelspartner zur russischen-ukrainischen Versorgungskette darstellen. China tritt des Weiteren auch gern als Kreditgeber auf und schafft damit neue Abhängigkeiten gegenüber Drittstaaten. Zusammen mit der Belt and Road Initiative (BRI) erweitert sich so der chinesische Einfluss auf dem afrikanischen Kontinent, aber auch in Südamerika.[33]

[32] Vgl. "Krieg in der Ukraine und die Spillover-Effekte", 6.3.2022, SIGA

[33] Vgl. "Neuer geopolitischer Machtpoker – Multiple Unsicherheiten als Herausforderung für Europa", 24.7.2022, SIGA

Zwischenfazit:

Narrative spielen in diesem Machtausbau eine besondere Rolle. Es wenden sich beispielsweise viele afrikanische Länder eher China oder Russland zu, als den westlichen Mächten. Bedeutendes Narrativ ist hier das des Westens als Ex-Kolonialmacht: es besteht eine gewisse Angst der ehemaligen Kolonien erneut ausgebeutet zu werden.[34] Chinas Investitionen in die Infrastruktur, aber auch Russlands para-militärische Präsenz, gepaart mit grossen Waffenlieferungen, treiben Staaten wie Tunesien, Algerien, Ägypten oder Libyen in die Arme dieser Grossmächte, während sie gleichzeitig durch eine vom Westen geforderte Positionierung zum Ukrainekrieg unter Druck gesetzt werden.

Besondere Aufmerksamkeit sollte den Effekten des russischen Vorgehens in der Ukraine in Richtung einer Art von **«geostrategischem Probing»** geschenkt werden. Die Reaktion der Staaten auf den Krieg könnte als Lehrmittel für ähnliche Aktionen analysiert werden. „Chinas Strategen werden genau beobachten, wie der Westen beim Krieg in der Ukraine reagiert, und daraus ihre Lehren (...) ziehen«.[35] Diese Lehren könnten massgeblich als Vorlage für z.B. eine chinesische Invasion in Taiwan angewendet werden.

Gleichzeitig geht es in diesem Krieg auch um Grenzverschiebungen abseits der geografisch-physischen Ebene, vor allem im normativen Sinn. Terrestrischer Krieg wird normalisiert und Nachahmung könnte drohen (vgl. Türkei in Syrien, Serbien im Kosovo, etc.).[36] Der Informationskrieg nimmt neue Ausmasse an, bei dem alternative Methoden der Beeinflussung und der Machtausübung erprobt werden. Bilder, Filme, Social Media und die Deutung der Ereignisse werden zu zentralen Elementen der Kriegsführung und Verteidigung, denn sie bestimmen letztendlich, was als akzeptiert und legitim angesehen wird, und was nicht. Das ist die **strategische Relevanz des Informationsraumes**.

Es ist zudem eine gewisse Auflösung der Grenzen der Operationsräume Cyber. Weltraum und Informationsraum zu beobachten, sowie eine Verbindung der taktischen und strategischen Ebene. Es geht auch um eine **neue Form digitaler Infrastruktur, also um Cybergeopolitik via Weltraumplattformen, sowie um die Aufrechterhaltung der Kommunikation, aber auch um geoökonomische Machtprojektion und Inszenierung**. [37] Elon Musk und sein Starlink-Satellitensystem bilden die prominentesten Beispiele dieser Verschmelzung. Ein Informationskrieg dieser Art, der zeigt wie sehr die Ebenen Militär und Gesellschaft, sowie taktisch und strategisch im Informationsraum verschränkt sind, ist ein mächtiges Instrument und zeigt neue Facetten der Kriegsführung auf. Beispielhaft ist hierfür etwa die Verteidigungskultur in der Ukraine zu Beginn des Konflikts, dass sich „Soldaten und Bevölkerung [...] strikte an die Anweisung der Regierung halten, keine Bilder der eigenen Truppen zu verbreiten. [...] (Ausserdem) gibt es auch über die privaten Satellitenfirmen keine Bilder, die auf die ukrainischen Truppen fokussieren. Dies ist ein Hinweis darauf, dass diese amerikanischen Anbieter Teil des Informationskriegs sind«.[38]

[34] Vgl. "Das Engagement autoritärer Geberstaaten in Afrika", 5.7.2021, [Konrad Adenauer Stiftung](#)

[35] "Krieg in der Ukraine – China zeigt sich ambivalent, stellt sich aber in Wirklichkeit auf die Seite Russlands", 25.2.2022, [NZZ](#)

[36] Vgl. etwa "Spannungen mit dem Kosovo: Serbien spricht von „höchster Kampfbereitschaft“", 27.12.2022, [FAZ](#)

[37] Vgl. "Elon Musk unterstützt die Ukraine mit Starlink-Internet", 27.2.2022, [Blick](#)

[38] Vgl. "Die russische Armee hat beim Kampf im überbauten Gebiet dazugelernt, der Angriff auf Kiew ist aber ein Zeichen von Schwäche", 26.2.2022, [NZZ](#)

TECH-GEOPOLITIK

Auch im Wettlauf um technologische Führung spielen geopolitische Interessen eine wichtige Rolle und werden teils subtil teils durchaus offen untergebracht. Im Zeichen des letzten Jahres und sicherlich ein besonders wichtiger Schwerpunkt der Entwicklung des kommenden Jahres stehen technologische Innovationen und Anwendungen in Verbindung mit Digitalisierung und dem Cyberspace. Sowohl die Up- und Downloadgeschwindigkeit, als auch die Kapazitäten werden ausgebaut, sodass Next Generation IoT, zum Beispiel in Form von Smart Cities oder autonomes Fahren, entwickelt und genutzt werden können.

Einige dieser Entwicklungen bauen auf weltraum-basierte Neuerungen: Das Satellitenkommunikationsnetzwerk Starlink des amerikanischen Multimilliardärs Elon Musk operiert aktuell mit knapp 2.800 LEO-Satelliten als ein weltumspannendes System, welches global Kommunikationsservices anbietet. Prinzipiell ist dies eine käuflich zu erwerbende Leistung und scheint vielleicht wenig geopolitische Bedeutung zu haben. Dieser Vorstellung muss allerdings hinterfragt werden, denn spätestens im Laufe des Ukrainekrieg liess sich erkennen, dass eine solch umfassende Infrastruktur in privater Hand enorme geopolitische Macht projizieren kann. Elon Musk versorgte mithilfe des Starlink-Netzwerks die Ukraine mit Kommunikationsservices, als die eigenen Dienste offline gingen, indem er kurzerhand die mobilen Satelliten in betroffene Gebiete schickte und kostenfreie Verbindungen bereitstellte, sodass vor allem das ukrainische Militär profitierte.[39] Kürzlich wollte Musk diese Services nun doch nicht mehr gratis zur Verfügung stellen. Als in der Presse durchsickerte, dass das Pentagon bereit wäre hierfür zu zahlen, machte der SpaceX CEO eine Kehrtwende und twitterte alles beim Alten belassen zu wollen.[40] Auch China wurde bereits «Opfer» von Musks Macht im Weltraum. Die chinesische Raumstation Tiangong musste aufgrund des Satellitennetzwerks mehrere Male ihren Kurs ändern, um eine Kollision zu vermeiden.[41] Beispielhaft an diesen Entwicklungen lässt sich erkennen, wieviel Macht in der Kontrolle von und dem Vorsprung in Technologien stecken kann, besonders, wenn diese in privat geführten Unternehmen liegt. Nicht nur die Ukraine, sondern auch die USA oder China wurden hier zum Spielball eines Unternehmers, der seinen Einfluss mithilfe des Starlink-Programms global ausüben kann und Abhängigkeiten schafft, die aktuell nur schwerlich überkommen werden können, da die Forschung, Entwicklung und Finanzierung solch riesiger Projekte häufig nur in der Privatwirtschaft vorangetrieben werden (können). Die Bedeutung solcher Vorherrschaft in der Tech-Branche wird auch in Zukunft enorm zunehmen, nicht zuletzt auch bei Elon Musk selbst, der Turbulenzen auslösend die Plattform Twitter übernahm und damit seine Einflussphären zu erweitern versuchte.

Blog-Artikel "Digitalhypes entschlüsseln"



Blog-Artikel "Blockchain-Technologie"

[39] Vgl. "Elon Musk's SpaceX sent thousands of Starlink satellite internet dishes to Ukraine, company's president says", 22.3.2022, [CNBC](#)

[40] Vgl. "Elon Musk wird Washington zu mächtig", 24.10.2022, [NZZ](#)

[41] Vgl. "China beschwert sich bei der Uno wegen Vorfällen mit Musk-Satelliten", 29.12.2021, [Spiegel](#)

Eine weitere Entwicklung, die zukünftige Trends enorm beeinflussen wird, ist der weltweite 5G-Netzausbau und damit verbundenen Mobilfunk- und Normenstandards. Technische Normen im Bereich der Digitalisierung seien zunehmend von kompetitiven Tendenzen gezeichnet. Es herrsche ein Wettkampf um die internationale Normensetzung bzw. den Export von Normungssystemen,[42] der zunehmend vor allem von China dominiert wird. Die gigantische Präsenz des chinesischen Unternehmens Huawei ist unter anderem Teil des BRI-Infrastrukturprojekts, welches mittlerweile international verbreitet ist. Einige Staaten, wie die USA oder Australien, wehren sich gegen den chinesischen Telekom-Konzern und dessen 5G-Infrastruktur, zum Beispiel mit Sanktionen, auch, um nicht Teil der damit verbundenen Verbreitung der chinesischen Normen und Werte zu werden.[43] Eine inhaltliche Zersplitterung des Internets durch Zensur o.ä. ist bereits weit vorangeschritten, betrachtet man wie viele Inhalte in Ländern wie China oder Russland gesperrt sind. Eine umfangreichere Fragmentierung, eine Spaltung in der genutzten und kompatiblen Hardware könnte dagegen die Entwicklung komplett getrennter Ökosysteme bedeuten, die sich in China bereits beobachten lässt.[44] Das «Rennen zur Kontrolle technischer Standardisierung» läuft zwar hauptsächlich zwischen China und den USA, doch auch die EU bemüht sich um Einfluss in der Setzung von Mobilfunkstandards. Die Kontrolle solcher Standards bedeute Kontrolle über die digitale Transformation, Privatsphäre, über Daten und Kryptografie aber auch Sektoren wie die Pharmaindustrie und die Wende hin zur CO2-Neutralität.[45]

Der Fortschritt in der Erforschung und die Nutzung von Blockchain-Technologien und Kryptowährungen lässt sich ebenfalls für geopolitische Interessen nutzen. Die Entwicklung von CBDC (Central Bank Digital Currency), aufbauend auf Blockchain-Technologien, könnte zukünftige Machtdominanzen drastisch verändern. Die internationale Vormachtstellung des US-Dollars bedeutet für die USA grosses politisches und wirtschaftliches Einflusspotential, nicht zuletzt erkennbar an den Sanktionen gegen Russland und seine verbündeten Handelspartner im Ukrainekrieg. Diese Abhängigkeit könnte bald beendet werden, sollten staatliche digitale Währungen wie zum Beispiel der E-Yuan ihr volles Potential entfalten. Nicht nur China, sondern beispielsweise auch die anderen Mitglieder der BRICS beschäftigen sich zunehmend mit der Entwicklung und Etablierung solcher Währungen und alternativer Zahlungssysteme, die mehr Unabhängigkeit von den USA und dem Westen bedeuten (vgl. Dedollarisierung). Auch hier ist China mit seinem bereits seit zwei Jahren laufenden Pilotprojekt E-Yuan an der Spitze technologischer Innovation und baut seinen Einfluss aus. Zukünftig könnten zum Beispiel Kredite oder Zahlungen der an die BRI angeschlossenen Staaten mit Hilfe einer solchen CBDC getätigt, oder zumindest eine der SWIFT-Alternativen aus Russland, Indien oder China genutzt werden, sodass die intermediäre Rolle des US-Dollars und auch westliche Sanktionen in Verbindung mit der Währung oder SWIFT umgangen werden können.[46]

Weitere solche Themen wären etwa Metaverses, künstliche Intelligenz, Transhumanismus oder Digital Twin Ökosysteme.

[42] "Förderung der Normungsorganisationen im Bereich der Digitalisierung: Akteure und Erkenntnisse in ausgewählten Themenbereichen", 16.8.2022, [Bericht an den Bundesrat](#)

[43] Vgl. "5G-Netze - Keine Hoffnung auf Biden: Der Kampf der USA gegen Huawei geht weiter", 16.6.2021, [Stern](#)

[44] Vgl. "Längerfristig droht eine Zersplitterung der Internets", 7.10.2022, [SWI](#)

[45] Vgl. "«Schlimmer als im Kalten Krieg» – China fordert auch bei technischen Standards die USA und Europa heraus", 2.12.2021, [NZZ](#) oder "Der bessere Elon Musk ist ein Chinese", 11.7.2022, [watson](#)

[46] Vgl. "China's digital yuan can leverage the Belt and Road Initiative", 8.12.2022, [Chinadaily](#)

Zwischenfazit:

Ein Vorsprung in der Entwicklung neuer Technologien und die Verbreitung der eigenen Standards birgt enorme geopolitische Macht, die nicht unterschätzt werden darf. Es geht lange nicht mehr nur um das Dominieren eines wirtschaftlichen Wettkampfs, sondern vor allem darum, sein **eigenes Ökosystem zu exportieren und damit erhebliche Macht via Normen und Werte auf globaler Ebene auszuüben**. Neue Technologien sind Teil von oder beeinflussen kritische Infrastrukturen, sodass sich die Schweiz nicht zu stark in Abhängigkeiten begeben darf. Der Ausbau von Kommunikationsservices, sowohl auf der Erde, als auch im Weltall ist nach wie vor von den USA sowie inzwischen immer mehr von China dominiert, die versuchen sich gegenseitig auszuspielen. Während es verschiedene Ansätze gibt, private oder staatliche Planung, Finanzierung und Umsetzung, bleibt die Bedeutung die gleiche: wer die Infrastruktur und Hardware kontrolliert, kontrolliert die Operabilität, aber auch einen Grossteil der Inhalte und Angebote. Kommunikationsservices sind essentiell, sowohl im privaten und wirtschaftlichen Gebrauch, als auch für militärische Operationen oder Regierungsanliegen, sodass sich die Schweiz gut überlegen muss, ob und in welche Angebote sie einsteigen möchte, um auch das Schweizer System weiter auszubauen. Eine Fragmentierung und im Extremfall eine Trennung in verschiedene Ökosysteme ist wahrscheinlich und muss einkalkuliert werden bei der Entscheidung. Die Gefahr eines «eisernen Vorhang» Chinas ist real: verstärkt sich der **Kampf um Standardsetzungen und Infrastrukturen und die Kontrolle über Daten und Inhalte** ist es wahrscheinlich, dass sich zwei miteinander inkompatible Ökosysteme bilden. Die Schweiz sollte einen konkreten Handlungsplan für die zukünftige digitale Transformation ausarbeiten, die solch strategische Entwicklungen antizipiert.

ZUSAMMENFASSUNG

Die vorangegangenen Abschnitte zeigen einen Ausschnitt globaler Krisendynamiken. Die gewählten thematischen, aber auch regionalen Schwerpunkte zeigen unserer Ansicht nach wichtige Entwicklungen, die grossen Einfluss auf zukünftige Trends haben.

Der Ukrainekrieg und die daraus resultierenden Problematiken, aber auch die peripher durch den Krieg verstärkten Konflikte haben hohes Potential bisherige Machtsphären drastisch zu verschieben und neu zu verteilen. Neue Allianzen kristallisieren sich besonders in solchen Ausnahmesituationen heraus. Auf der Karte „Crisis Map“ hat SIGA besonders von Destabilisierungskrisen betroffene Regionen zusammengefasst, um einen Überblick über zukünftig besonders genau zu beobachtende Entwicklungen bereitzustellen. Es lässt sich erkennen, dass sowohl Lateinamerika, als auch Grossteile Afrikas und Asiens stark von schwerwiegenden Krisen bedroht sind. Es herrscht eine unterschiedlich starke Bindung der betroffenen Länder an chinesischen, russischen oder amerikanischen Einflüssen, es ist allerdings ein hoher Anstieg der chinesischen Präsenz zu verzeichnen. Argentinien ist beispielsweise bereits eng an China gebunden. China ist dort nicht nur grösster Investor, sondern auch wichtiger politischer Partner, der sich für die argentinische BRICS-Mitgliedschaft einsetzt. Antiamerikanische Ressentiments vertiefen die grossen Dependenz mit anderen Weltregionen. In Ecuador zeigt sich ein ähnliches Bild.

In Afrika dagegen überschlagen sich aktuell Angebote von allen Seiten: Nach umfangreichen Besuchen aus Russland werben nun auch die EU und die USA wieder mehr um afrikanische Partnerschaften. Ob diese Einsicht für Europa noch rechtzeitig gekommen ist, bleibt fraglich.

Ägypten bezieht nicht nur Waffen aus Russland, sondern ist auch grösster Abnehmer von russischen Weizenlieferungen und im Gegenzug Russlands Tor zu Afrika. China präsentiert sich derweilen als Grossinvestor bei ägyptischen Bauprojekten oder etwa im tunesischen Gesundheitssystem. Zumindest in Nigeria und Kenia konnte sich die EU mit verschiedenen Finanzierungsprogrammen stärker positionieren. Die USA dagegen buhlen vor allem um engere Handelsbeziehungen zu Ghana und Südafrika. Nichtsdestotrotz stehen vor allem China und Russland auf dem afrikanischen Kontinent in Pole-Position. Afrika wird infolge der hohen Demografiedynamik als Kontinent der Zukunft bezeichnet und steht via Mittelmeer in direkter Nachbarschaft zu Europa. Die Destabilisierungstendenzen im Mittelmeer-Raum und im Nahen und Mittleren Osten stellen eine Bedrohung für die globale, aber speziell die europäische Sicherheit dar. Grosse Flüchtlingsbewegungen, die Erstarkung terroristischer Gruppierungen, aber auch die Gefährdung von Demokratisierungsprozessen beeinflussen die globale Staatengemeinschaft. Die Entwicklungen im Indopazifik sind ebenfalls kritisch zu beobachtende Faktoren: sie haben sowohl Einfluss auf Chinas Machtposition, als auch auf die Sicherheit von Supply-Chains und können Europa direkt beeinträchtigen.

Der Wettkampf um technologische Vorherrschaft fördert eine zunehmende Zersplitterung der Kommunikationsnetzwerke und des Cyberspace (vgl. Splinternet-Tendenzen), bedingt durch Infrastrukturen und Hardware, aber auch durch Zensur und staatliche Eingriffe. Aus Vorsprung und Abhängigkeiten entstehen ausserdem neue Cybersecurity-Herausforderungen und Risiken, die das Potential haben die europäische Stellung zu schwächen und kritische Infrastrukturen massgeblich zu beeinflussen.

Weltpolitisches Mapping

Etablierte Abhängigkeiten schaffen neue Allianzen, in der Rohstoffe, Infrastrukturen, Technologien und medialer Einfluss Teil der machtpolitischen Gleichung werden.[47] Während jede Region multiple Krisen aufweisen kann, führt die Globalisierung dazu, dass sich diese nicht nur innerhalb ihrer Sphären, sondern auch global potenzieren und somit Konsequenzen für alle Staaten nach sich ziehen.

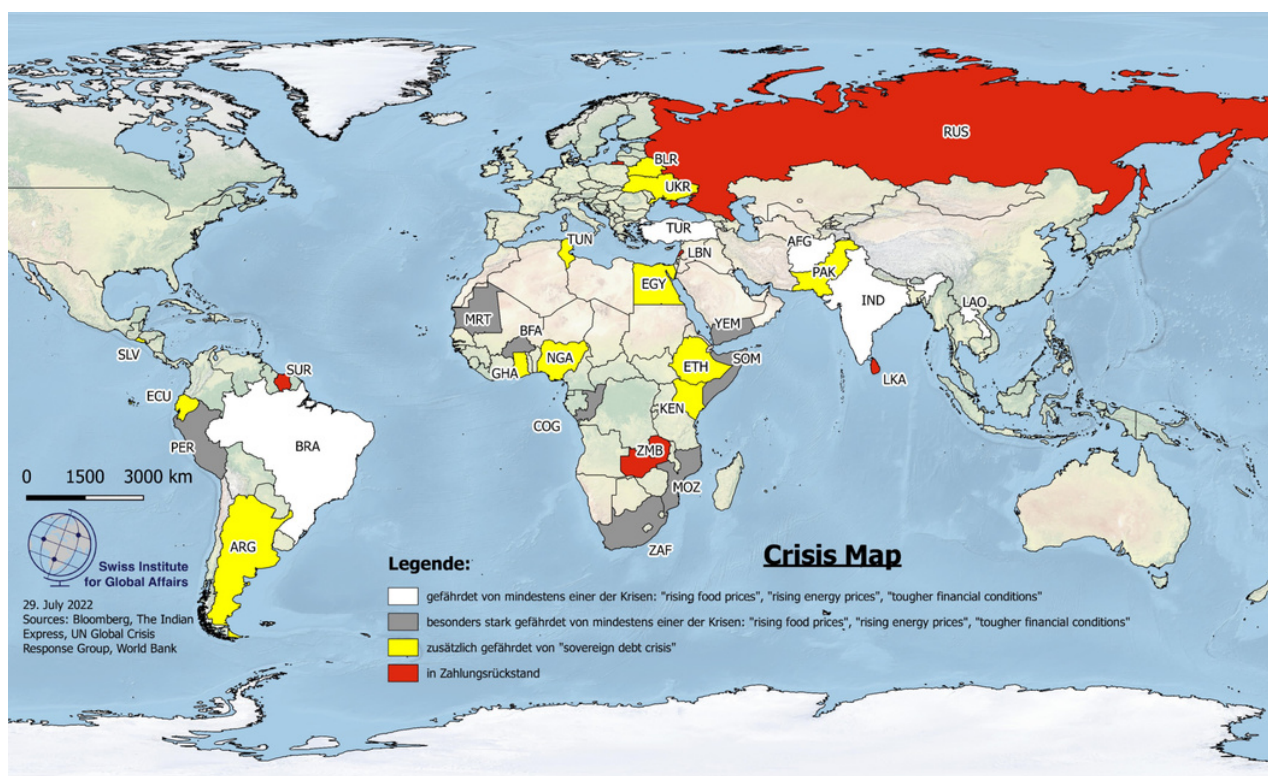


Abbildung 8: Crisis Map - mögliche geoökonomische Krisenhotspots (Stand Juli 2022)

[47] Vgl. "Geopolitische ZerreiBprobe", 30.7.2022, [SIGA](#)

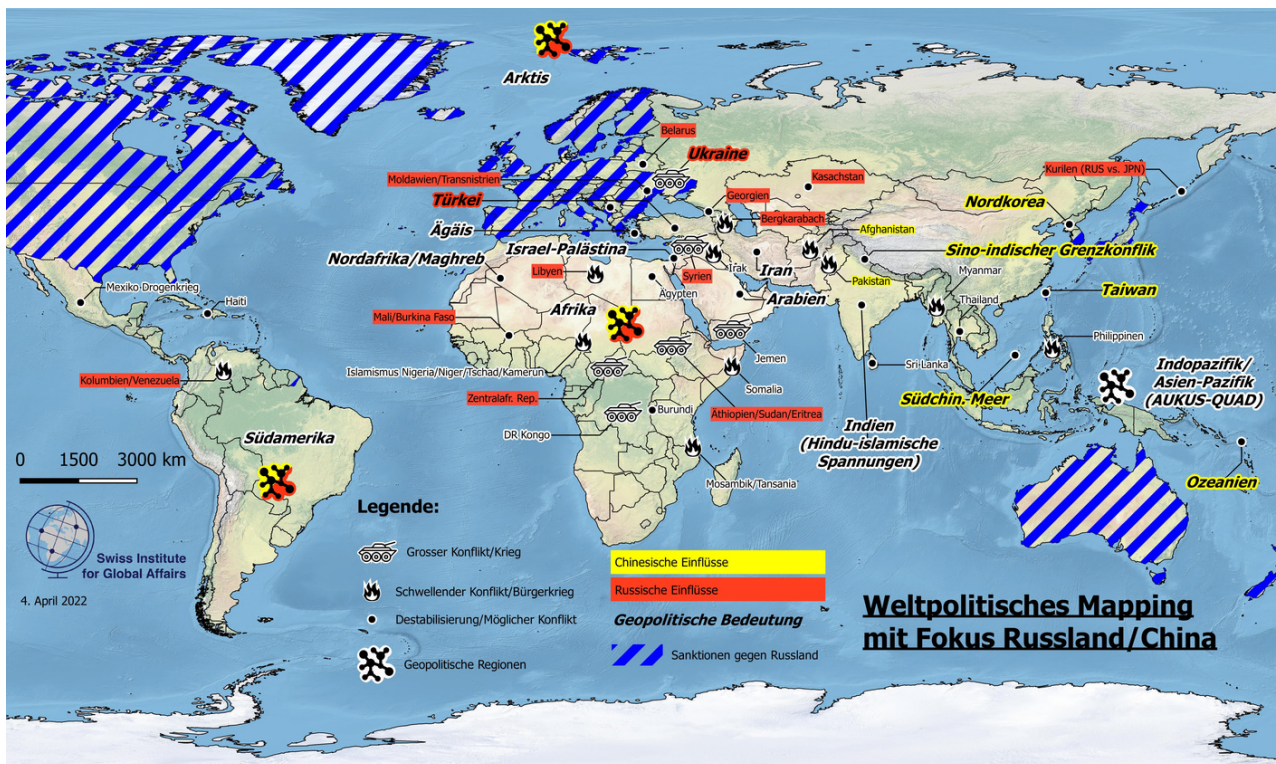


Abbildung 9: Weltpolitisches Mapping (Stand April 2022)

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Strategische und sicherheitspolitische Empfehlungen für die Schweiz

Der Krieg in der Ukraine führt uns seit mehreren Monaten vor Augen, dass kinetische und territorial geführte Konflikte nach wie vor Realität sind. Der klassisch militärische Angriff durch Russland hat aber geopolitisch weit mehr Implikationen als vordergründig sichtbar. Es werden bereits diverse geostrategische Spillover-Effekte sichtbar. Letztlich ist der Krieg in der Ukraine in diesem Kontext als Provokation und Herausforderung des westlichen Wertesystems durch andere Weltregionen und Ordnungsvorstellungen zu lesen.

Räume der neuen Machtpolitik:

Neue Allianzen und Konstellationen jenseits der europäisch-amerikanischen Norm werden dominanter; die pragmatische Achse China-Russland-Indien wird als Option gehandelt, die SCO aber auch die BRICS-Staaten gewinnen an Momentum wobei auch die Golfstaaten, Afrika, Südamerika, Indien und Russland neue Opportunitäten wahrnehmen können (vgl. Dedollarisierung). Diese multioptionalen Machtverschiebungen darf man nicht ausser Acht lassen. Ein Revival der Kalten-Krieg Rhetorik ist darum narrativ irreführend.

Es gilt die Räume der neuen Machtpolitik zu benennen und hierbei strategische Kompetenzen und vernetztes Knowhow aufzubauen, um clevere Strategie zu etablieren. Aus unserer Sicht ginge es hierbei insbesondere um den Indopazifik (inkl. Ozeanien), die Arktis und den Weltraum, um den Informationsraum und den virtuellen Raum (VR, Metaverse, etc.), sowie im europäischen Kontext um den gesamten Mittelmeer-Raum.

Zukünftige Abhängigkeiten:

Heute sind wir im Westen und der Schweiz vor allem noch von Gas, Öl, allenfalls Nahrungsmitteln und klassischen Rohstoffen abhängig. Was sind aber die Abhängigkeiten der Zukunft, müsste die strategisch-vorsorgliche Frage lauten. **Cyberinfrastrukturen, Daten, Technologien, Wasser, neue Rohstoffe wie Lithium und seltene Erden sowie juristische Standards** (Normen, insbesondere im Bereich Digitalisierung und Cyber) könnten die Abhängigkeiten der Zukunft begründen. SIGA plädiert für eine interdisziplinäre Antizipation und zukunftsgerichtete Lageanalyse, die diesen strategischen Phänomenen Rechnung trägt.

Fused Intelligence Center Bund:

Auf Stufe Bund braucht es im Bereich Antizipation und Lageanalyse zwingend eine Kultur der «Joint-Praxis» über alle Departemente hinweg (vgl. Multidomain-Kultur). Der Umgang, die Interpretation und Verbreitung von Informationen und Wissen stellen eine der grössten Herausforderungen dar. Daher sollte ein **strategisches Fused Intelligence Center als Wissens-Cluster inkl. Analyse, Antizipation und Kommunikation** zwischen allen Bundesdepartementen sowie der Bundeskanzlei aufgebaut werden. Dieses Center sollte mit der Wissenschaft und Think Tanks angereichert werden.

Strategische Informationsraum-Verteidigung:

Zur Etablierung einer strategischen Informationsraum-Verteidigung braucht es persönliches Leadership, welches an anerkannte wissenschaftliche, redaktionelle und juristische Standards der Interpretation anknüpft. Zudem sind interdisziplinäre und vernetzte Strukturen zu schaffen, die bewusste Reflexionsschleifen und verschiedene Blickwinkel in der Bewertung und Beurteilung integrieren (vgl. «Empfehlungen für eine strategische Informationsraum-Verteidigung»).

Reorganisation VBS und Bereich Verteidigung:

SIGA empfiehlt eine neue Kultur der Gesamtverteidigung jenseits des militärischen Begriffs zu etablieren. Der Krieg in der Ukraine hat gezeigt, wie wichtig die zivile Führung, integrierte und narrative Kommunikation, kreative Vernetzung und der Rückhalt in der Gesellschaft sind. Eine **Gesamtverteidigung 4.0**, die Psychologie, Symbolik, aber auch Wirtschafts-, Kultur- und Währungspolitik sowie Informations- und Kommunikationspolitik strategisch verhandelt, ist dringend nötig. Dafür müsste auch das VBS und die Gruppe Verteidigung strukturell verändert werden, und dem Element der Strategie und Kollaborativität müsste mehr Raum gegeben werden. Wir empfehlen daher die Gruppe Verteidigung neu als Staatssekretariat zu organisieren (Artikel Schweiz am Wochenende vom 9.7.2022). Mit der Schaffung einer zivilen, militärstrategischen Führung im Bereich Verteidigung würden auch die eigentlichen Streitkräfte eine Stärkung und Aufwertung erfahren. Verwaltung und Armee, sowie Strategie und Operationen würden konsequent getrennt. Dabei stünden schlanke Strukturen, das Milizprinzip verstanden als aktive Verbindung zwischen Armee und Zivilgesellschaft, sowie die **strategische interinstitutionelle Vernetzung** im Zentrum. Die Schweiz braucht also nicht nur einen Sicherheitspolitischen Bericht oder Berichte zu Bodentruppen, Luftverteidigung und Cyberraum, sondern eine **integrierte Verteidigungsstrategie im domänenübergreifenden Sinn**.



ANTWORTEN AUF GEOPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN

In dieser zunehmend schnelllebigen, komplexen und mehrdeutigen Welt sind neue Strategiemethoden gefragt. Kreative Lösungsansätze für Staaten, Organisationen und Unternehmen, um in dieser VUCA-Welt sich strategisch positionieren zu können haben wir in einem interaktiven Booklet zusammengefasst.



Mehr Informationen und
Bestellung unter
www.globalaffairs.ch



Swiss Institute
for Global Affairs
www.globalaffairs.ch

SIGA

Das Swiss Institute for Global Affairs SIGA betreibt, unterstützt und fördert interdisziplinäre Forschung zu geo- und sicherheitspolitischen Themen. Ziel ist es Visibilität für diese Themengebiete zu schaffen sowie neue Ansätze in der Analyse und Methodik zu erarbeiten. Dabei steht im Vordergrund, die breite Öffentlichkeit für diese Themen zu sensibilisieren sowie Übersetzungs- und Vermittlungsarbeit zwischen Wissenschaft, Politik und Wirtschaft zu leisten. Das Institut versteht sich als Think Tank und Brückenbauer zwischen den unterschiedlichen Disziplinen und Sphären.

VERGANGENE EVENTS

- Informationskrieg
- Cyberspace und Demokratie
- Ukrainekrieg
- Transformational Leadership



KONTAKT

Swiss Institute for Global Affairs
Effingerstrasse 10
3011 Bern
globalaffairs@bluewin.ch
+41 (0)31 552 01 20